

„Es ist keine Interessengruppe betroffen, sondern eine Generation.“

Impulse aus dem landesweiten Demokratie-Tag 2021 für das rheinlandpfälzische Corona-Bündnis und die Landespolitik

Einordnung

Der vom landesweiten Bündnis „Demokratie gewinnt!“ ausgerichtete 16. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz stand 2021 unter dem Motto „Demokratie leben – aus Krisen lernen“. Anlass hierfür war die Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche durch die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung besonders betroffen sind und in Krisenzeiten als solches mit ihren Anliegen zu wenig Gehör finden. Junge Menschen nahmen am Demokratie-Tag an Diskussionsrunden mit prominenten Vertreter:innen der Landesregierung teil, ihre Inhalte und Äußerungen wurden festgehalten. Dieses Impulspapier entstand in einer kleinen Redaktionsgruppe unter Mitwirkung der Geschäftsstelle des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“. Es stellt den Versuch dar, die Eindrücke und Rückmeldungen der jungen Menschen zu bündeln und aufzubereiten, um sie an interessierte Menschen im rheinland-pfälzischen Corona-Bündnis und in der Landespolitik weiterzugeben.

Einführung

Wir blicken zurück auf zwei Jahre, in denen Corona die Menschen weltweit vor bislang ungeahnte Herausforderungen gestellt hat. Viele Menschen haben sich infiziert, mehr als 100.000 sind an oder mit Covid in Deutschland gestorben und die Bekämpfung der Pandemie hat uns weitreichende Einschnitte in unserem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und privaten Leben aufgezwungen.

Junge Menschen hatten in besonderer Weise unter den Beschränkungen zu leiden – in der Schule, Hochschule, Ausbildung, in der Jugendarbeit, bei ihren Hobbies, in ihrer Freizeit. Dennoch haben sich viele junge Menschen unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie solidarisch und kreativ für andere und unser Gemeinwesen eingesetzt.

Bei den politischen Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung fühlten sich Kinder und Jugendliche kaum einbezogen. Ihre Bedürfnisse hatten nur geringe Relevanz, dennoch haben sie die Maßnahmen mitgetragen. Der Demokratie-Tag 2021 hatte den Anspruch junge Menschen zu hören, ihre Erfahrungen in der Pandemie zu sammeln, ihnen die Möglichkeit zu geben in die Diskussion mit politischen Verantwortungsträger:innen zu kommen und somit Impulse zu setzen, damit in künftigen Krisen junge Menschen ihre Interessen besser einbringen können.

Wir begrüßen es daher, dass auch das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ins Leben gerufene Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt und das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ ermutigt hat, Ideen, Vorschläge und Forderungen für eine bessere Beteiligung junger Menschen an landespolitischen Entscheidungen, nicht nur in Krisen und Umbrüchen, zu bündeln. Die im Folgenden aufgelisteten Impulse aus den Diskussionsrunden am Demokratie-Tag fassen dies zusammen.

1. Für Dialog und Beteiligung auf Augenhöhe: Mitsprache und Mitbestimmung weiterentwickeln!

Kinder und Jugendliche wünschen sich mehr Respekt der Gesellschaft ihnen gegenüber. Auch schwierige politische Entscheidungen müssen ihren Bedürfnissen und ihrer Lebenssituationen Rechnung tragen. Hierfür braucht es auch in Zukunft Formen der Mitsprache und Mitbestimmung auf Landesebene. Die bestehenden Strukturen müssen direkter und konsequenter genutzt werden.

Die Jugendlichen wünschen sich mehr Beteiligung, für sie ist die Absenkung des Wahlalters auf 16 und der Ausbau von Möglichkeiten der direkten Demokratie längst überfällig. Ebenso unterstützen Jugendliche den Ausbau von politischer Bildung und Demokratiebildung, der Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie den Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, sowie für Vielfalt und Demokratie.

Darüber hinaus wünschen sie sich verbindliche, jugendgerechte und wirksame Formen der Beteiligung. Als hilfreich wird gesehen, vorhandene Netzwerke und Strukturen zu stärken und die bestehende Expertise in politische Entscheidungsfindungsprozesse einfließen zu lassen.

2. Schule und Unterricht verlässlich absichern

Schule erleben junge Menschen als einen wichtigen Lern- und Lebensort. Schulschließungen dürfen daher nur das letzte Mittel sein, um der Ausbreitung des Virus zu begegnen. Sie haben weitreichende negative Folgen für junge Menschen – in Bezug auf den formalen Bildungserfolg, ihre soziale Integration und die Lebensphase Jugend in Gänze, denn Schule bedeutet nicht nur Bildungserfolg, sondern ist sozialer Lebensraum von jungen Menschen.

Wenn virtueller Unterricht unausweichlich ist, wünschen sie sich gute Konzepte, gute Qualität der Lehre, bessere Planbarkeit und Regelmäßigkeit.

3. Verlässliche außerschulische Jugendarbeit ist unverzichtbar

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit wurden in der Pandemie als wichtige Orte für junge Menschen erlebt. Beginnend im Frühjahr 2020 wurde dort schon versucht in

Verbindung zu bleiben, junge Menschen nicht allein zu lassen. Dort wurde möglich gemacht, was möglich war, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Halt zu geben, die Einsamkeit im Lockdown zu bekämpfen und die so wichtigen Angebote der Begegnung zu schaffen, als das wieder möglich war.

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit bieten unverzichtbare Orte, an denen junge Menschen sich entfalten und erproben können. Ihre Strukturen gilt es, verlässlich abzusichern. Es braucht daher Hauptamt in den Jugendverbänden, in der Offenen Jugendarbeit und der kommunalen Jugendpflege, um Strukturen zu erhalten und um Beziehungsarbeit auch in Krisen- und Umbruchszeiten wie in der Pandemie zu ermöglichen.

4. Gleichberechtigung für alle Kinder und Jugendlichen sichern, auch bei der Digitalisierung

Zum Thema Digitalisierung haben die jungen Menschen auf dem Demokratietag sich sehr unterschiedlich geäußert. Viele verfüg(t)en über gute technische Ausstattung und gute Verbindungen ins Internet. Gleichzeitig waren andere junge Menschen abgehängt, weil sie deutlich schlechtere Voraussetzungen in ihrem Lebensumfeld haben. Soziale Herkunft entscheidet leider oft über die Möglichkeit der digitalen Teilhabe. Auch die Ausstattung von Schulen und Universitäten sowie die Kompetenzen von Lehrenden im digitalen Bereich wurden kritisch wahrgenommen.

Gleichberechtigte Teilhabe ist ein Anspruch, der für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt. Im Ausbau der Digitalisierung muss Sorge dafür getragen werden, dass niemand auf der Strecke bleibt. Es ist daher wichtig und notwendig, für einen gleichberechtigten Zugang zu Hardware, Software und Breitband für alle jungen Menschen, unabhängig von ihrer ökonomischen Situation, zu sorgen.

5. Sicherheit für Studierende und Auszubildende schaffen

Junge Erwachsene, die ihr Studium aufgenommen haben bzw. fortführen, berichten von ihrer „Einsamkeit des Studierens“, dass sie ihre Uni sehr lange nicht besuchen konnten, dass Lerngemeinschaften nur schwer möglich waren. Außerdem waren viele Einkommensmöglichkeiten wie Nebenjobs weggefallen, auf die sie finanziell angewiesen sind. Viele Studierende gaben aus finanziellen Gründen ihre Studierenden-Unterkunft auf, um wieder bei ihren Eltern zu wohnen. Das war nicht immer konfliktfrei. Der Wunsch nach mehr Unterstützung ist deutlich, signalisierten doch gerade junge Menschen an der Schwelle zur beruflichen Entwicklung enorme Zukunftsängste.

Es braucht daher unbürokratische Finanzierungshilfen für Studierende und Auszubildende, damit sie sich nicht langfristig verschulden müssen. Für sie müssen Möglichkeiten geschaffen werden, ihre erschwerten Bedingungen ausgleichen zu

können. Wir müssen Lösungen für die Probleme der Studierenden finden und ihre Zukunftsängste, die sich in den Diskussionen gezeigt haben, ernst nehmen.

6. Jugendleben auch in der Pandemie ermöglichen

Immer wieder genannt wurde, dass mehrere Jahrgänge junger Menschen in der Pandemie wichtige Meilensteine in ihren Biografien nicht angemessen begehen konnten. Kirchliche Jugendfeste, wie Konfirmationen und Kommunionen, waren nur sehr eingeschränkt möglich, Freiwilligendienste mussten abgebrochen werden, Abiturfeiern fanden nicht statt, die Abschlussbälle fielen aus, „Studierendenleben“ gab es nicht. Viele wichtige Ereignisse, die nicht nachholbar sind, gingen verloren.

Es braucht ein gesellschaftliches Verständnis und politische Sensibilität, um auch in Krisenzeiten mit kreativen Ideen Räume für Begegnung, für Feiern und gemeinsames Lernen und Leben zu ermöglichen.

7. Psychische Folgen der Pandemie für junge Menschen in den Blick nehmen

Darüber sprechen junge Menschen in der Öffentlichkeit nicht gerne, aber am Demokratie-Tag wurde deutlich, dass viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Unterstützung und Beratung suchen, weil sie mit ihrer Situation nicht gut klarkommen, die Pandemie hat das deutlich verstärkt. Viel zu oft machen sie leider die Erfahrung, dass es keine Hilfsangebote gibt oder sie müssen Wochen und Monate auf einen Termin warten.

Es braucht ein Versorgungssystem mit psychologischer Beratung, Therapiemöglichkeiten und anderen Angeboten, um Traumata und Belastungen aufarbeiten zu können. Die bestehenden Strukturen hierfür reichen nicht aus und müssen ausgebaut werden.

8. Extremismus, Hass und Hetze gemeinsam begegnen

Die große Mehrheit der jungen Menschen haben eine klare Haltung gegen sogenannte „Querdenker“, Verschwörungsmythen, Hass, Hetze und Desinformation im Netz, aber auch Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Polizei, Journalist:innen sowie Hilfs- und Rettungsdiensten auf offener Straße. Auch sie erleben diese Entwicklungen als Bedrohung unserer Demokratie.

Deshalb wünschen sie sich klare und unmissverständliche Reaktionen des Staates, aber ebenso eine starke Zivilgesellschaft mit engagierten Bürger:innen. Daher ist es wichtig, weiterhin die Organisationen der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der politischen Bildung und Demokratiepädagogik in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie leisten wichtige und unverzichtbare Präventionsarbeit.

9. Klimakrise ernst nehmen und wirksame Maßnahmen ergreifen

Viele junge Menschen äußern Zukunftsängste, die durch die Pandemie noch deutlich verstärkt wurden. Die Klimakrise bewegt Kinder und Jugendliche nicht nur, die junge Generation hat auch entscheidend dazu beigetragen, dass der Klimawandel endlich Priorität in der Politik erfährt.

Sie fordern eine wirksame Klimapolitik und dulden keinen Aufschub.

10. Politik vorausschauend und verlässlich gestalten

Zu Beginn waren es vor allem das Schließen von allen Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen, dann das häufige Verändern von Corona-Regeln und Langezeit widersprüchliche Festlegungen, z.B. in Schulen und Jugendarbeit, die sie verunsichert haben und nicht immer Verständnis für die Maßnahmen erzeugt haben. Und dennoch haben sich junge Menschen mehrheitlich an die Vorgaben gehalten.

Sie wünschen sich daher eine mutige, entscheidungsfreudige und vorausschauende Politik, die wissenschaftliche Expertisen ernst nimmt und die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen in ihre Entscheidungen einbezieht.

Anmerkung

Bei allen an dieser Stelle vorgebrachten Forderungen und Wünschen, sollte nicht übersehen werden, was die rheinland-pfälzische Landesregierung in der Corona-Pandemie geleistet hat. Allein im Jugendbereich wurden Anstrengungen unternommen, die Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen erträglicher zu machen. Es wurden Hygienekonzepte entwickelt, die verantwortlich, aber auch ermöglichend waren. Jugendarbeit wurde unterstützt durch Technikförderung, Schnelltests und die Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit insgesamt und deren Strukturen. Diese Schritte wurden im Dialog mit Träger:innen der Jugendarbeit entwickelt und umgesetzt.

Schon im Sommer 2020 konnte das Familienministerium durch zwei Statusberichte auf dem Hintergrund von Befragungen Auskunft geben, welche ersten Erfahrungen in der Jugend(sozial)arbeit und der Jugendverbandsarbeit von den Träger:innen in der Pandemie gemacht wurden. Im Frühjahr 2021 wurde die zweite Erhebung durchgeführt, die im August 2021 unter dem Titel „*Jugend in Zeiten von Corona*“ veröffentlicht wurde. Über 5500 junge Menschen bis 27 Jahre haben sich beteiligt. Mit diesem für ein Bundesland wohl einzigartigen Projekt hat die Landesregierung Meinungen, Haltungen, Positionen von jungen Menschen eingesammelt und sie zu Wort kommen lassen. Damit wurden wichtige Impulse in die Fachpraxis und in die Politik getragen.

Der Demokratie-Tag ist ein Format, in dem junge Menschen zu Wort kommen. Die bisherigen Kinder- und Jugendberichte RLP arbeiten mit Befragungen und Hearings. Mit der Jugendstrategie JES! werden Beteiligungsprojekte in RLP unterstützt.

Die vorhandenen Netzwerke und Strukturen müssen weiterhin unterstützt und verstärkt werden, die bestehende Expertise in politische Entscheidungen einfließen. Junge Menschen benötigen in und nach der Pandemie noch mehr Möglichkeiten und Chancen, die Nachteile, die ihnen durch die Pandemie entstanden sind, auszugleichen.

Auch der im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgehaltene Ausbau von politischer Bildung und Demokratiebildung, ebenso die Stärkung von Bündnissen fördert die Beteiligung junger Menschen. Das klare Bekenntnis zum Bündnis „Demokratie gewinnt!“ wie zum Demokratie-Tag ist ein gutes Signal.

Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, wie unerlässlich die Absicherung der Träger*innen der Jugendarbeit durch das Land war. Mit diesem Papier sollen die Stimmen junger Menschen erneut hörbar werden, sollen die Erfahrungen junger Menschen in den politischen Diskurs eingebracht werden und das „Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz“ informiert und bereichert werden.

Bündnis „Demokratie gewinnt!“

Demokratie lernen, leben und gestalten in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz beteiligte sich in den Jahren 2002 bis 2007 am Bund-Länder-Kommissions-Programm „Demokratie lernen & leben“. Aus diesem Programm heraus entwickelte sich eine demokratiepädagogische Netzwerkstruktur in bundesweit einmaliger Breite und Vielfalt. Der jährliche Demokratietag hat sich dabei in der vergangenen Dekade als Forum des Austauschs, aber auch der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung der Demokratie- und Engagementförderung junger Menschen in Rheinland-Pfalz etabliert.

Der Demokratietag ist heute eine zentrale Plattform zur Förderung von Partizipation, politischer Bildung und bürgerschaftlichem Engagement von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Hinter ihm steht ein starkes Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen.

Das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ gründet auf diesem Netzwerk. Es ist getragen von dem gemeinsamen Bestreben der Partnerinnen und Partner, junge Menschen frühzeitig an Demokratie, Beteiligung und freiwilliges Engagement heranzuführen. Das Bündnis will dazu beitragen, die Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen demokratisch und partizipativ zu gestalten, damit sie von klein auf demokratische Haltungen und Kompetenzen erwerben können.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer als Schirmherrin ruft die Veranstalterinnen und Veranstalter, Partnerinnen und Partner sowie Unterstützerinnen und Unterstützer des 12. Demokratietags Rheinland-Pfalz dazu auf, das gewachsene Netzwerk demokratie- und engagementfördernder Organisationen zu festigen. Das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ stärkt die bestehende Partnerstruktur, ermöglicht beständigen Austausch, vernetzt seine Mitglieder, ermöglicht und fördert Kooperationen und setzt neue Impulse zur Förderung von Engagement, Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen.

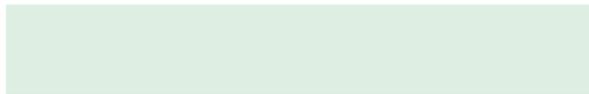
Mit der Gründung des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ setzen die Partnerinnen und Partner vor diesem Hintergrund ein klares politisches Signal für Vielfalt und Akzeptanz, Offenheit, Menschlichkeit und sozialen Zusammenhalt sowie gegen Extremismus jeglicher Art und Demokratiefeindlichkeit.

Das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ ist ein dynamisches und demokratisches Bündnis, das aktuelle demokratiepolitische Themen aufgreifen und seine Arbeitsformen beständig weiterentwickeln will. Es versteht sich als ein zugangsoffenes Bündnis. Weitere Organisationen aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die sich zu den gemeinsamen Anliegen und Zielen bekennen und Ressourcen in die Zusammenarbeit einbringen, sind als Bündnispartner willkommen.

Koordiniert wird das Bündnis von der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.

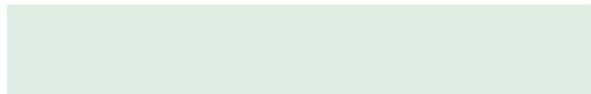
Bündnis „Demokratie gewinnt“

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner



Malu Dreyer

Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz
Schirmherrin des Demokratietags und Initiatorin
des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“



Volker Steinberg

Landesjugendring Rheinland-Pfalz



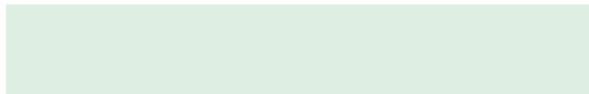
Hans Berkessel

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik
e.V., Koordinator des Demokratietags Rheinland-
Pfalz



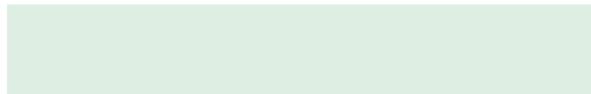
Brigitte Mohn

Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung



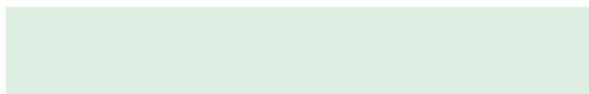
Hendrik Hering

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz



Dr. Peter Frey

Chefredakteur des ZDF, Mainz



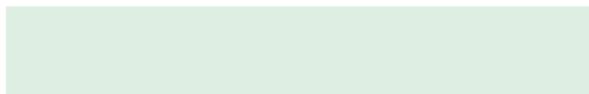
Dr. Stefanie Hubig

Ministerin für Bildung Rheinland-Pfalz



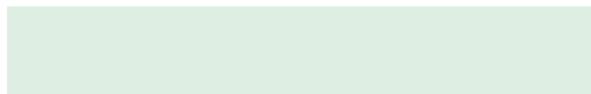
Dr. Simone Schelberg,

Landessendedirektorin SWR, Mainz



Anne Spiegel

Ministerin für Frauen, Familie, Jugend, Integration
und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz



Kristian Kropp

RPR-Unternehmensgruppe

Bündnis „Demokratie gewinnt“

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner



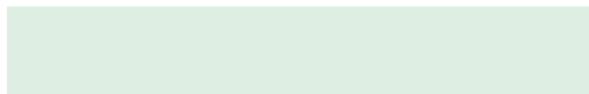
Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie



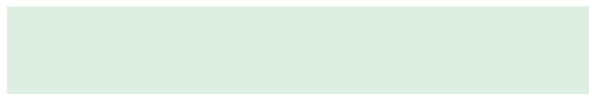
Clemens Brüchert

Koordinierungsstelle „Demokratie lernen & leben“ RLP



Roger Lewentz

Minister des Innern und für Sport



Dr. Birgit Pikowsky

Pädagogisches Landesinstitut (PL) Rheinland-Pfalz



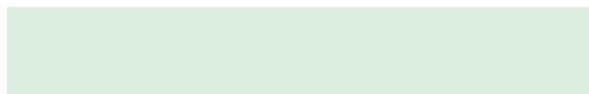
Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz



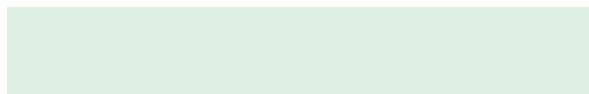
Klaus-Peter Hammer

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz



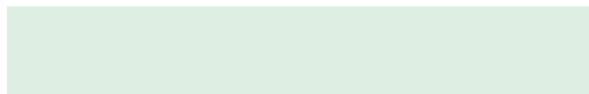
Joachim Jung-Sion

Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung Mainz



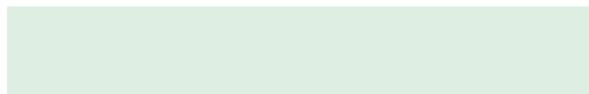
Heike Arend

Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP)



Lucia Berres

LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz



Bernhard Kukatzki

Landeszentrale für politische Bildung



Dr. Thorsten Ralle

Landeselternvertretung Rheinland-Pfalz

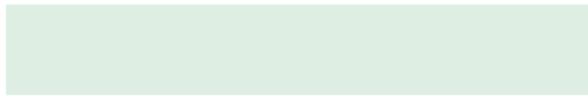


Dr. Heike Kahl

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

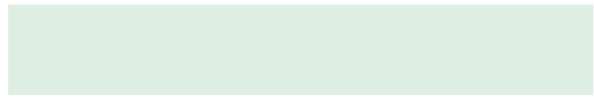
Bündnis „Demokratie gewinnt“

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner



Dr. Martin Gräfe

Friedrich-Ebert-Stiftung Rheinland-Pfalz



Dr. Wolfgang Beutel

Förderprogramm „Demokratisch Handeln“



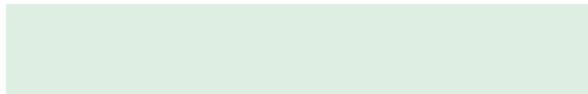
Alrun Schleiff

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz



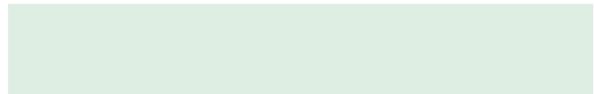
Michael Sauer

Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.,
LV Rheinland-Pfalz



Karl-Heinz B. van Lier

Konrad-Adenauer-Stiftung Rheinland-Pfalz



Dr. Ralph Erbar

Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, LV
Rheinland-Pfalz



Dr. Thomas Rübke

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(BBE)



Sonja Student

MAKISTA, Frankfurt/Main